

Entschließungsantrag

der Fraktionen der SPD, CDU/CSU, FDP

**zur dritten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines
Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes und des
Arbeitsförderungsgesetzes
– Drucksachen 7/556, 7/695 –**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht,

1. zu prüfen, ob und wie bei der Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung der ausbildungsbedingte Mehrbedarf für Behinderte in das Bundesausbildungsförderungsgesetz mit einbezogen werden kann, um alle Behinderten unabhängig von zusätzlichen Leistungen anderer Sozialleistungsträger zu machen;
2. bei der Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung alle Behindertengruppen in die Regelung nach § 21 Abs. 3 einzubeziehen.

Bonn, den 13. Juni 1973

Wehner und Fraktion
Carstens, Stücklen und Fraktion
Mischnick und Fraktion